

**Geschäftsführung  
Bezirksvertretung Barmen**

Es informiert Sie	Silvia Füsgen
Telefon (0202)	563 69 93
Fax (0202)	563 81 11
E-Mail	Silvia.Fuesgen@stadt.wuppertal.de
Datum	22.01.03

---

**Niederschrift**

**über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Barmen am 21.01.2003**

Anwesend sind:

**von der CDU-Fraktion**

Herr Horst Almenräder , Herr Reinhold Baron , Herr Wilhelm Hülsbruch , Frau Susanne Kampmann , Herr Hans-Hermann Lücke , Frau Gisela Schlüter , Frau Margot Schneider , Frau Barbara Weis , Herr Gerd Zarges

**von der SPD-Fraktion**

Herr Michael Burges , Herr Karl-Heinz Emde , Herr Manfred Mankel , Herr Roland Rudowsky , Frau Birgit Winkels ,

**von der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN**

Herr Michael Hohagen ,

**von der FDP-Fraktion**

Herr Jörg Eckholdt ,

**von der Ratsgruppe der PDS**

Herr Metin Ceylan ,

**als Vertreter/in des Oberbürgermeisters**

Herr Dr. Johannes Slawig ,

**vom Bezirksjugendrat**

Sabrina Brüning, Diren Kocaman

**von der Presse**

Herr Macheroux (WR)

Nicht anwesend sind:

**von der SPD-Fraktion**

Herr Ulrich Lonn entschuldigt, Frau Jacoba Cornelia Roß van Daalen entschuldigt,

Schriftführer / in:

Silvia Füsgen

Beginn: 18:10 Uhr

Ende: 19:00 Uhr

## I. Öffentlicher Teil

---

### 1 Bericht aus dem Bezirksjugendrat

**Diren Kocaman** stellt sich als neuer Sprecher in der Bezirksvertretung vor und bittet um finanzielle Unterstützung für die Schulungsfahrt.

Beschluss der Bezirksvertretung Barmen vom 21.01.2003:

Die Bezirksvertretung stellt für jeden Teilnehmer des Bezirksjugendrates Barmen 62,- € für die Schulungsfahrt aus freien Mittel zur Verfügung.

Einstimmigkeit

---

### 2 Grundschulentwicklungsplanung Vorlage: VO/5059/02Neufassung

**Herr Lücke** bedauert, dass die Wünsche und Empfehlungen der Bezirksvertretung aus 2002 keine Berücksichtigung gefunden hätten. Der der neuen Vorlage zugrunde liegende Konsens sei in keiner Weise mit der Bezirksvertretung bzw. Eltern und Lehrern der betroffenen Schüler abgestimmt. Alle seitens der Bezirksvertretung und der Betroffenen vorgebrachten Argumente hätten weiterhin Bestand. Im wesentlichen seien auf Hatzfeld alle im GEP genannten Kriterien für vorrangig auszubauende Schulen, mit Ausnahme der Größenordnung, gegeben.

Durch Veränderung der Schulbezirksgrenzen wäre jedoch möglicherweise auch das Erreichen einer 2- 3 –Zügigkeit möglich gewesen. Leider sei dieser Punkt aber nicht diskutiert worden.

Die Kinder sollten nunmehr über weite und unsichere, da teilweise nicht ausgebaute, Wege zur Schule Haselrain gehen.

Die teuren, bisherigen Schulwegsicherungsmaßnahmen würden hinfällig, zahlreiche andere, aufwendige und teure würden erforderlich.

Aus dem Verkauf der Liegenschaft Wilkhausstraße erwarte man 500.000 €, der Umbau der GS Haselrain sei mit 900.000 € veranschlagt. Da die Umbaumaßnahmen sofort erfolgen müssten, der Verkaufserlös aber erst in einigen Jahren realisiert werden könne, habe man hier einen Zinsverlust von ca. 120.000 €, der aber bisher in keiner Drucksache auftauche.

Die drohende Schließung der Schule werde immer deutlicher, obwohl sie ein hohes Maß an Ausbaubarkeit aufweise, obwohl sie das lebendige Zentrum eines beispielhaften Kooperationsnetzes mit außerschulischen Partnern sei, obwohl sich aus der Liegenschaft 600.000 € Erlöst werden könnten, ohne das Schulgebäude, die Sporthalle und die Pausenflächen zu beeinträchtigen und obwohl sie eine unverzichtbare, infrastrukturelle Voraussetzung für Hatzfeld darstelle.

Wenn der Verkauf von Schule und Schulgrundstück abwendbar sei, solle zumindest versucht werden, einen geeigneten personellen und organisatorischen Verbund mit der GS Haselrain zu organisieren, damit Hatzfelder Kinder weiterhin in Hatzfeld zur Schule gehen könnten und das Entwicklungspotenzial eines Stadtteiles nicht beschränkt werde.

Die Bezirksvertretung sage hiermit ihre ausdrückliche Unterstützung durch Festigung, Ausbau und örtliche Optimierung des Kooperationsnetzes der Schule mit Vereinen und Kirchen zu, wenn hier eine Lösung gefunden werde.

Abschließend bitte er Herrn Dr. Slawig als Paten, die Interessen der Bezirksvertretung in geeigneter Weise in der Verwaltung und den weiteren Gremien zu vertreten.

**Herr Rudowsky** erklärt sein Unverständnis, dass hier eine Entscheidung zu Lasten der Kinder für etwaige höhere Interessen getroffen werden solle. Er hoffe auf weitere Vorschläge im Rat, und dass zugunsten der Kinder dennoch ein Kompromiss gefunden werde.

Sollte die Vorlage realisiert werden, werde die Bezirksvertretung sich vehement dafür einsetzen, dass sämtliche erforderlichen Um- und Ausbauten der Schulwege zeitnah erfolgen.  
Er sei überzeugt, dass sich die Kosten nicht rechnen.

**Herr Eckholdt** schließt sich diesen Ausführungen an. Die Schulschließung könne die Zukunft eines ganzen Stadtteils zerstören.  
Er hoffe, dass der Vorschlag einer Kooperation mit der GS Haselrain in die weiteren Überlegungen und Diskussionen einfließen werde.

**Herr Dr. Slawig** verdeutlicht, dass der entscheidende Grund für die unvermeidbare Schließung von Grundschulen der dramatische Rückgang der Schülerzahlen sei.

Das Land könne und werde die Lehrerversorgung kleiner Schulen nicht gewährleisten.

Die Verwaltung sei auf Dauer nicht in der Lage, sämtliche vorhandenen Schulen Instand zu setzen.

Die Ehrlichkeit gegenüber dem Bürger gebiete zu sagen, dass an Schulschließungen kein Weg vorbeiführe.

Die Stellungnahmen der Bezirksvertretungen und der Schulen seien für den 2. Entwurf berücksichtigt und intensiv beraten worden.

Er bitte zu beachten, dass der 1. Entwurf die Schließung dreier Schulen auf der Nordschiene vorgesehen hätte. Der nun vorliegende Kompromiss sehe den Erhalt von zweien der drei Standorte vor, die Wilkhausstraße werde aber, auch unter Berücksichtigung von Schulwegen und Schuleinzugsbereichen, weiterhin zur Schließung vorgeschlagen. Dieser Entscheidung lägen intensive und sehr verantwortungsbewusste Überlegungen zugrunde.

Wenn der Rat der Stadt der Schließung zustimme und das Grundstück nach Auslauf der Schule veräußert werden solle, werde es hierfür eine öffentliche Ausschreibung geben.

Beschluss der Bezirksvertretung Barmen vom 21.01.2003:

Die Bezirksvertretung spricht sich weiterhin ausdrücklich für einen Erhalt der Schule aus.

Die Verwaltung wird aufgefordert, das Verbundmodell mit der GS Haselrain – auch unter den finanziellen Aspekten – zu prüfen, sollte eine Schließung der GS Wilkhausstraße tatsächlich unumgänglich sein.

Die Höhe der Kosten für Herrichtung und Errichtung des bei einer Schließung erforderlichen neuen Schulweges sollen kurzfristig ermittelt und den mutmaßlichen Einsparungen gegenüber gestellt werden.

Einstimmigkeit

---

3

**Erweiterung des Naturparks Bergisches Land auf dem Gebiet der Stadt Wuppertal**  
**Vorlage: VO/0677/02**

Beschluss der Bezirksvertretung Barmen vom 21.01.2003:

Die Bezirksvertretung nimmt folgenden Beschlussvorschlag zur Kenntnis:

Die Stadt Wuppertal beantragt beim Zweckverband Naturpark Bergisches Land und den zuständigen Landesbehörden eine Erweiterung des Naturparks auf dem Gebiet der Stadt Wuppertal (südliche Landschaftsbereiche) entsprechend der Darstellung in der Anlage (Alternative 1).

Gleichzeitig wurden die Nachbarstädte Remscheid und Solingen angesprochen,

um eine entsprechende naturräumliche Zusammenlegung/Arrondierung des Naturparks auf den jeweiligen Stadtgebieten anzuregen.

Einstimmigkeit

---

**4 Bauleitplanverfahren Nr 682 -Hardt-Schwabenweg**

**Aufstellungs- und Offenlegungsbeschluss**

**(1. Änderung des Bebauungsplanes)**

**-Priorität 2-**

**Vorlage: VO/0713/02**

Herr Rudowsky zeigt sich über die Bezeichnung „Hardt/Schwabenweg“ verwundert. Diese Bezeichnung decke sich nicht mit der im Plan gekennzeichneten Fläche.

Er bitte um Information, ob es für bereits Interessenten für diesen Bereich gebe.

Beschluss der Bezirksvertretung Barmen vom 21.01.2003:

Die Bezirksvertretung nimmt folgenden Beschlussvorschlag zur Kenntnis:

1. Es wird die Aufstellung- und Offenlegung der 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 682 –Hardt / Schwabenweg gemäß §§ 2(4), 2(1) und 3(2) BauGB beschlossen.

Das Gebiet des *Gesamtbebauungsplanes* Nr. 682 erstreckt sich vom Ostersbaum - Rudolf-straße südlich bis zur Missionsstraße und zur Reichsallee und wird im Osten vom Dietrich-Bonhoeffer- Weg, im Westen vom Grundstück Ostersbaum Hs. Nr. 13 sowie dem Schwabenweg südlich der Burgunderstraße und im Süden von der Reichsallee begrenzt, wie in Anlage 5 dargestellt.

Von der 1. *Änderung* ist nur der als Fläche für den Gemeinbedarf ausgewiesene Bereich westlich der Einmündung des Dietrich-Bonhoeffer-Weges in die Rudolfstraße und das anschließende Grundstück Rudolfstr. 48 betroffen.

2. Von der frühzeitigen Bürgerbeteiligung gemäß §3(1) BauGB wird abgesehen, weil die Grundzüge der Planung nicht betroffen werden und sich die Planänderung auf das Plangebiet und die Nachbargebiete nur unwesentlich auswirkt. Dgl. gilt für die Beteiligung der Träger öffentlicher Belange i.S.d. §4(1)BauGB.

Die Begründung gemäß §3(2) BauGB ist beigelegt.

Einstimmigkeit

---

**5 Bauleitplanverfahren Nr. 599 - Beckmannshof, Bachstraße, Kleiner Werth**

**2. Änderung des Bebauungsplanes**

**Behandlung der Anregungen**

**Satzungsbeschluss**

**Priorität 2**

**Vorlage: VO/0896/02**

Beschluss der Bezirksvertretung Barmen vom 21.01.2003:

Die Bezirksvertretung nimmt folgenden Beschlussvorschlag zur Kenntnis:

1. Die vorgebrachten Anregungen werden entsprechend den Vorschlägen der Verwaltung behandelt.

2. Die 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 599 wird gemäß §13 BauGB für den Geltungsbereich dieser Änderung beschlossen, wie er in Anlage 3 verbal und in Anlage 6 zeichnerisch eingetragen ist.

3. Der Satzungsbeschluss zur 2. Änderung des Bebauungsplanes wird gemäß §10 BauGB gefasst, die Begründung ist gemäß §9(8) BauGB beigefügt.

Einstimmigkeit

---

## 6 Abweichungssatzung für die Schönebecker Straße

**Vorlage: VO/0725/02**

**Herr Eckholdt** gibt seiner Verwunderung Ausdruck, dass erst nach 35 Jahren eine Abrechnung durchgeführt werde. Dies sei nicht bürgerfreundlich. Auch verstehe er nicht, warum das kleine Grundstück nicht schon vor Jahren seitens der Verwaltung übernommen worden sei.

**Herr Dr. Slawig** erläutert, es gebe eine Abrechnungs- und eine Erschließungsbeitragspflicht. Voraussetzung sei aber die endgültige Fertigstellung der Straße oder des Bürgersteigs.

Dies habe zur Folge gehabt, dass die Verwaltung nicht hätte abrechnen dürfen, solange sie beispielsweise nicht in der Lage gewesen sei, ein erforderliches Restgrundstück zu erwerben und auszubauen.

Erst vor ca. anderthalb Jahren sei die Rechtslage insofern geändert worden, dass auch Teilabschnitte nach endgültiger Fertigstellung abgerechnet werden könnten und nicht mehr nur die gesamte Straße. Sämtliche Maßnahmen seien daher jetzt zu kontrollieren und zu überarbeiten.

**Herr Hohagen** bittet in diesem Zusammenhang, auch den Betroffenen den Sachverhalt in dieser Deutlichkeit zu erläutern, da die Vorlage insoweit tatsächlich missverständlich sei.

Beschluss der Bezirksvertretung Barmen vom 21.01.2003:

Die Bezirksvertretung nimmt folgenden Beschlussvorschlag zur Kenntnis:

Der Rat der Stadt beschließt die Satzung über die teilweise Abweichung von den Merkmalen der endgültigen Herstellung für die Schönebecker Straße gemäß dem beigefügten Entwurf (Anlage 1).

Einstimmigkeit

---

## 7 Berichte und Mitteilungen

### 4. Bauleitplanverfahren Riescheider Straße

Die Geschäftsstelle weist daraufhin, dass während der Bürgeranhörung mehrfach der Wunsch an die Verwaltung herangetragen wurde, gemeinsam einen Termin vor Ort durchzuführen, um die Planungen der Verwaltung und die Anregungen der Anwohner besser abwägen und diskutieren zu können.

Die Verwaltung wird daher seitens der Bezirksvertretung gebeten, kurzfristig einen Termin abzustimmen und durchzuführen.

Sollte dies kurzfristig nicht möglich sein, wird die Bezirksvertretung entsprechend tätig werden.

### 5. Pressebericht Riescheider Straße

**Herr Eckholdt** ist verärgert, dass in der WZ bereits vor der Bürgeranhörung eine Verwaltungsmitarbeiterin insofern zitiert worden sei, als dass das Verfahren schon beschlossen sei.

Die Geschäftsstelle berichtet, dass nach Aussage der Sachbearbeiterin die Darstellung in der Presse verzerrt gewesen sei. Lediglich sei gesagt worden, die Verwaltung sehe nur eine Möglichkeit der verkehrlichen Andienung.

6. Sachstandberichte

**Herr Eckholdt** bittet wiederholt um kurze Sachstandsinformation zu den Projekten Friedrich-Engels-Allee 140 und Schönebecker Straße 27.

Beschluss der Bezirksvertretung Barmen vom 21.01.2003:

Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis.

Einstimmigkeit

**Zarges**  
**Bezirksvorsteher**

**Füßen**  
**Schriftführerin**